

# Jahresbericht 2010



Foto: Protestaktion der Initiative "Saubere Energie Aachen" gegen die Beteiligung der Stadtwerke Aachen an einem Kohlekraftwerksprojekt in Krefeld.

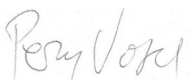
## **Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,**

2010 war für BBK ein erfolgreiches Jahr. Mit den Schwerpunktthemen Konzessionsverträge und Anti-Kohle-Kampagne konnten wir im dritten Jahr unseres Bestehens viele Projekte erfolgreich abschließen.

Ein wesentlicher Bestandteil dieses Erfolges war sicherlich die Entscheidung 2009 den Verein mit hauptamtlichen Strukturen zu versehen. Unser engagiertes Büroteam hat unseren Bekanntheitsgrad deutlich erhöht. Auf zahlreichen Veranstaltungen waren BBK-Vertreter nicht nur präsent, sondern auch als Referenten oder Workshoporganisatoren vertreten.

Wir hoffen Sie werden auch weiterhin mit Interesse die Entwicklung von BBK verfolgen.

Mit besten Grüßen



Dr. Percy Vogel  
Vorstand BBK



## **Arbeitsschwerpunkte 2010**

### **Konzessionsverträge**

Der Arbeitsschwerpunkt von BBK lag 2010 auf den bundesweit auslaufenden Konzessionsverträgen. Deutschlandweit enden bis 2012 etwa 8.000 Konzessionsverträge zwischen Städten und Gemeinden und Energieversorgern. Statt Verträge einfach zu verlängern, könnten Kommunen hier ihre Handlungsspielräume ausnutzen und etwa die Energieversorgung zurück in die öffentliche Hand überführen oder Verträge neu ausschreiben. Die Übernahme der Netze in öffentliche Hand und starke kommunale Stadtwerke sind die Grundlage für eine umfassende, erneuerbare Energieversorgung. Wer über Erzeugung, Vertrieb und Verteilung aus eigener Hand verfügt kann wieder mitbestimmen, mitgestalten und mitverdienen.

Um Vertragsvorschlägen von RWE und Co. klima-freundliche Alternativen entgegenzusetzen, hat BBK zusammen mit den Grünen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen einen alternativen

Mustervertrag vorgelegt. Dieser kann von der BBK-Homepage kostenfrei heruntergeladen werden. Mit dem Musterkonzessionsvertrag können vor allem die Kommunen agieren, für die eine Rekommunalisierung nicht mehr in Frage kommt. Grund dafür ist häufig die Unkenntnis über das genaue Auslaufdatum der Verträge. Laut Energiewirtschaftsgesetz muss dieses Datum mindestens 2 Jahre vorher im Bundesanzeiger bekannt gegeben werden. Eine Rekommunalisierung benötigt jedoch einen Zeitvorlauf von 3 – 4 Jahren. Um die Handlungsoptionen für die Kommunen zu erweitern hat BBK versucht in mehreren Landtagen über große Anfragen die Information zu den Auslaufdaten zu beschaffen.

Neben dem Bereitstellen von allgemeinen Informationen zum Thema Konzessionsverträge, war BBK auch beratend für unterschiedliche Initiativen in verschiedenen Kommunen tätig. Zu erwähnen sei hier insbesondere die Beratung des Energie Rates Oldenburg. Hier wurde die Möglichkeit geprüft in wie weit es möglich wäre mittels Bürgerbegehren eine Rekommunalisierung zu erwirken. Ebenfalls war BBK bei der Initiierung von "Unser Hamburg – unser Netz" kurzzeitig mit beteiligt.

In Berlin wurde zusammen mit Attac Berlin AG Energie und PowerShift ein Gesprächskreis eingerichtet, in dem es in verschiedenen Runden Diskussionen mit einzelnen Parteienvertretern gab.

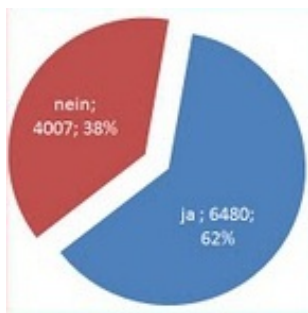
### **Anti-Kohle**

2010 hat BBK zudem sehr erfolgreich Anti-Kohle-Kampagnen unterstützt.

Eine konkrete Möglichkeit Kohlekraftwerke zu verhindern, ist den Ausstieg von Beteiligungen einzelner Stadtwerke an geplanten Kohlekraftwerken zu erwirken. Hierfür eignen sich z.B. die Kraftwerksplanungen von Trianel (geplante Kraftwerke in Lünen und Krefeld) bzw. von SüdWestStrom (geplantes Kraftwerk in Brunsbüttel).

Die kommunalen Stadtwerke in Dachau sowie in Aachen waren an den Trianel Kraftwerken Lünen und Krefeld als Kommanditist beteiligt. Diese Entscheidung lies sich jedoch auf politischen Wege revidieren.

Die Bürgerinitiative Kontra-Kohlestrom Dachau machte diese Beteiligung mit den direktdemokratischen Mitteln des Bürgerbegehrens und Bürgerentscheides erfolgreich rückgängig. In Aachen reichte bereits der politische Druck eines laufenden Bürgerbegehrens aus, um den Entscheidungsprozess der Stadtwerke hin zu einem Ausstieg zu beschleunigen.



Im Dachauer Bürgerentscheid stimmten über 60% gegen die Stadtwerksbeteiligung an den Kohlekraftwerken Lünen und Krefeld.

In enger Absprache und aktiver Zusammenarbeit mit der Anti-Kohle-Kampagne der Klima-Allianz stand BBK bei diesem Vorhaben beratend zur Seite.

### Pro Windenergie

Im Bereich Erneuerbare Energien unterstützte der Verein zwei Bürgerbegehren in Schleswig-Holstein (Wasbek und Timmaspe), die sich für den Bau von Bürgerwindparks in ihrer Kommune stark machten. Nachdem die Bürgerbegehren sehr erfolgreich verliefen, fanden die Vorschläge der Bürgerinitiativen jedoch im Bürgerentscheid nicht die notwendige Mehrheit.

### 10/10/10 Global Work Party

Am 10. Oktober 2010 kamen Menschen und Gemeinschaften auf der ganzen Welt zusammen, um am Klimaaktionstag ganz konkrete Lösungen für die Klimakrise umzusetzen. BBK unterstützte die Kampagne und hat dazu für alle Aktiven den Aktionsleitfaden "Klimaschutz selber machen" erstellt. Der Leitfaden kann auf der BBK-Homepage kostenfrei heruntergeladen werden.

### Analysen und Arbeitsmaterialien

Neben der konkreten Beratung von Initiativen vor Ort, stellt die Bereitstellung von Analysen und Arbeitsmaterialien einen wesentlichen Eckpfeiler der Arbeit von BBK dar. Das von BBK aufbereitete Material soll den Bürgerinnen und Bürgern den Einstieg erleichtern und ihnen wichtige Hintergrundinformation zur Verfügung stellen. 2010 wurde die Informationssammlung umfangreich ergänzt.

### Analyse zu Stadtwerksneugründungen

Vor dem Hintergrund der auslaufenden Konzessionsverträge prüfen viele Gemeinden derzeit, nicht nur ob die Stromnetze wieder zurück in die öffentliche Hand überführt werden sollen, sondern auch die Gründung von eigenen Stadtwerken. Nach Recherchen von BürgerBegehren Klimaschutz sind in diesem Zusammenhang bisher 23 Neugründungen von Stadt-, Gemeinde- oder Regionalwerken durchgeführt worden, elf weitere befinden sich in einer konkreten Gründungsphase. Als wichtiges Argument für die Rekommunalisierung wird der Wunsch genannt, den Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien voranzutreiben, wie zum Beispiel in Grimma in Sachsen.

BBK nahm dies zum Anlass, um eine Kurzstudie zu erstellen, in der überprüft wird, inwieweit die neu gegründeten Stadtwerke ihre Energieversorgung auf erneuerbare Energien einstellen.

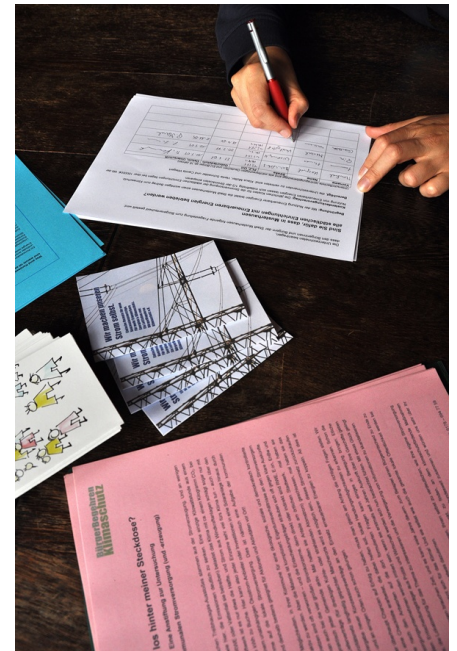
Dabei wurden nur die 23 neu gegründeten Unternehmen (18 Stadt- bzw. Gemeindewerke und 5 Regionalwerke) betrachtet, die bereits ihre Arbeit aufgenommen haben. Nicht berücksichtigt werden konnten Stadtwerke, die bisher nur die Stromnetze betreiben und solche, deren Gründung noch nicht abgeschlossen ist. Im Ergebnis ist der Anteil Erneuerbarer Energien bei 96% dieser Unternehmen, gleich groß oder höher als im bundesdeutschen Durchschnitt. Vier Stadtwerke bieten sogar nur Strom aus 100% erneuerbaren Energien an, vier weitere mindestens 50%.

### Ausblick für 2011

Auch im Jahr 2011 werden die bestehenden Arbeitsschwerpunkte Bestand haben.

Bei den Anti-Kohle Aktivitäten werden vor allem Stadtwerke im Fokus stehen, die sich an den SüdwestStrom Kraftwerksplanungen in Brunsbüttel beteiligen wollen. Erste Aktivitäten hierzu gibt es beispielsweise in Fulda oder Tübingen. Insbesondere eine Kooperation mit der Initiative "Klimapiraten" wird angestrebt. Im Arbeitsfeld Konzessionsverträge soll die erfolgreiche Arbeit fortgeführt werden. Dabei findet eine Konzentration auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Brandenburg statt. Hier laufen in zahlreichen Kommunen die Verträge aus. Zusätzlich bestehen bereits erste Kontakte zu den Akteuren vor Ort.

Aber auch bei der Verbreitung Erneuerbarer Energien wird der Verein weiter aktiv bleiben. Insbesondere die derzeit viel diskutierte Bürgerbeteiligung soll dabei als Anlass genommen werden. Bürgergutachten oder Ideenwerkstätte könnten dabei eine sinnvolle Ergänzung zu direktdemokratischen Mitteln sein.



Alle Materialien werden kostenfrei auf unserer Homepage bereitgestellt.  
[www.buerger-begehren-klimaschutz.de](http://www.buerger-begehren-klimaschutz.de)



## Finanzübersicht 2010

Personalkosten	-79.501,27 €
Bürokosten (Material, Telefon, Internet, Post)	-1.390,33 €
Büro-Miete Berlin und Gelsenkirchen	-5.027,38 €
Sonstiges	-443,67 €
Reisekosten	-4.249,78 €
Teilnahmebeiträge Tagungen	-450,00 €
Mitgliedsbeitrag Klima-Allianz	-400,00 €
Druckkosten	-434,35 €
Homepage	-653,59 €
Anschaffungen (PC, Möbel etc.)	-34,51 €
Gutachten, gutachterliche Beratung	-3.804,20 €
Bankgebühren, Kontoführung etc.	-48,60 €
Rückzahlung Darlehen	-14.000,00 €
<b>Ausgaben</b>	<b>-110.437,68 €</b>
Darlehen	12.000,00 €
Zuwendungen (ECF-Stiftung)	74.800,00 €
Spenden	20.250,00 €
Honorare BBK als Referent	421,00 €
<b>Einnahmen</b>	<b>107.471,00 €</b>
Bestand aus dem Vorjahr	3.154,54 €
<b>Kontostand 31.12.2010</b>	<b>187,86 €</b>

## Kontakt

BürgerBegehren Klimaschutz e.V.  
Kampagnenbüro Berlin  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin  
Telefon: 030 - 92 25 09 19  
Email: [info@buerger-begehren-klimaschutz.de](mailto:info@buerger-begehren-klimaschutz.de)

[www.buerger-begehren-klimaschutz.de](http://www.buerger-begehren-klimaschutz.de)

Geschäftsstelle Gelsenkirchen  
Wildenbruchstr. 17  
45888 Gelsenkirchen

Vorstand:  
Dr. Percy Vogel, Toralf Staud, Benjamin Raschke, Michael Meyer

Unsere Kontoverbindung:  
GLS Gemeinschaftsbank  
Konto Nr.: 401 216 24 00  
Bankleitzahl: 430 609 67

BürgerBegehren Klimaschutz e.V. ist als gemeinnützig anerkannt und beim Amtsgericht Gelsenkirchen unter der Registernummer VR 1643 eingetragen.



Unser BBK-Team 2010: Sabine Zimpel, Geschäftsführung, Claudia Löhle, Projektberatung, Dr. Stefan Taschner, Campaigning